

V-1 Ja zu Demokratie - Nein zur AfD!

Gremium: Landesausschuss
Beschlussdatum: 28.02.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Demokratie und offene Gesellschaft

Antragstext

1 Was viele schon lange wussten, was viele schon lange erlebt haben, wurde mit der
2 Correctiv Recherche zu einem Geheimtreffen von AfD-Funktionär*innen und andern
3 Rechtsextremen schwarz auf weiß bestätigt: die AfD steht für ein Deutschland, in
4 dem Menschen in Kategorien eingeteilt werden, in dem die Menschenrechte nicht
5 mehr universell gelten sollen. Menschen, die nicht ins Weltbild der AfD passen,
6 sollen deportiert werden.

7 Bündnis 90/Die Grünen Berlin sagt ganz klar Nein zu diesen Gewaltphantasien. Wir
8 stehen und arbeiten für ein Berlin und für ein Deutschland, in dem kein Mensch
9 in Bezug auf die (zugeschriebene) Herkunft, die sexuelle Orientierung, einer
10 Behinderung oder der politischen Überzeugung Angst haben muss. Berlin lebt von
11 der Vielfalt der Menschen, die dieses Land und diese Stadt gestalten. Wir werden
12 deshalb alles in unserer Macht stehende tun, um die Menschen in unserer Stadt zu
13 schützen und die Extremist*innen von AfD, Identitärer Bewegung und Co in ihre
14 Schranken zu weisen - dazu gehört auch eine entsprechende Schwerpunktsetzung bei
15 Verfassungsschutz, Polizei und Staatsanwaltschaft. Wir rufen alle demokratischen
16 Mitbewerber*innen dazu auf gemeinsam die Brandmauer gegen Rechtsextremismus zu
17 stärken.

18 Wir nehmen sehr ernst, dass Rassismus, Antisemitismus und rechtsextremistisch
19 motivierte Gewalt, auch aus dem Kreis der AfD und ihrer Anhänger*innen,
20 weiterhin zunehmen und viele Menschen schon derzeit hiervon massiv betroffen
21 sind. Denjenigen, die bereits Opfer rechter Gewalt oder rechten Hasses geworden
22 sind, wollen wir durch einen Ausbau von Angeboten der Opferhilfe und -beratung
23 zur Seite stehen.

24 Rechtsextremes Gedankengut lässt sich jedoch nicht per Knopfdruck verbieten.
25 Demokratiebildung in der Schule, aber auch weit darüber hinaus, muss endlich
26 auch in unserer Stadt eine größere Priorität eingeräumt bekommen. Das erwarten
27 wir sowohl vom Regierenden Bürgermeister als auch vom gesamten Senat.

28 Zudem muss konsequent gegen Fake News sowie gegen Hass und Hetze on- und offline

29 vorgegangen werden. Wir setzen uns dafür ein, Extremist*innen konsequent zu
30 entwaffnen. Und für diejenigen, die sich entscheiden, die rechtsextreme Szene zu
31 verlassen, braucht es gut ausgebaute Aussteigerprogramme. Und wer rechtsextremes
32 Gedankengut vertritt, gehört nicht in den Staatsdienst des Landes Berlin - auch
33 hier erwarten wir, dass der Senat und die Verwaltung alle ihnen zur Verfügung
34 stehenden Mittel nutzen und das Disziplinarrecht entsprechend schärfen.

35 Gleichzeitig erkennen wir an, dass es unsere Aufgabe ist, unsere Demokratie mit
36 allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu schützen. Berlin muss prüfen,
37 welche Maßnahmen erforderlich sind, um Einfallstore zu schließen, die
38 Extremist*innen gezielt zur Destabilisierung unserer demokratischen Gesellschaft
39 und zum Kampf gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung von innen
40 heraus nutzen können. Wir müssen insbesondere frühzeitig sicherstellen, dass in
41 Berlin auch im Falle des Erstarkens von rechtsextremen Kräften die
42 Handlungsfähigkeit des Abgeordnetenhauses und der Verfassungsgerichtsbarkeit
43 gewahrt bleibt. Die Verfasser*innen des Grundgesetzes haben die Möglichkeit
44 eines Parteiverbots nicht ohne Grund in unsere Verfassung geschrieben - die
45 Erfahrungen der Weimarer Republik waren ihnen noch zu präsent. Wir sind
46 verpflichtet, dafür zu kämpfen, dass sich diese Geschichte nicht wiederholt. Ein
47 Parteiverbotsverfahren mag Zeit in Anspruch nehmen und nicht allein das
48 bestehende Problem, das Deutschland mit Rechtsextremismus hat, lösen können. Es
49 ist aber ein weiterer wichtiger Baustein zum Schutz der in unserer Stadt
50 lebenden Menschen, zum Schutz unserer aller Freiheit. Der Landesausschuss von
51 Bündnis 90/Die Grünen Berlin spricht sich deshalb dafür aus, ein AfD-Verbot zu
52 prüfen.

V-6 Das Land Berlin muss die Sicherheit religiöser Einrichtungen gewährleisten

Gremium: Landesausschuss
Beschlussdatum: 28.02.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Glaubens- und Gewissensfreiheit werden als allgemeines Menschenrecht durch das
2 Grundgesetz ausdrücklich gewährleistet. Die Ausübung dieses Grundrechts muss zur
3 Entfaltung seiner Wirksamkeit in der Realität staatlich geschützt werden.
4

5 Der Schutz jüdischen Lebens in Berlin hat für uns oberste Priorität. Bündnis
6 90/Die Grünen Berlin erklärt seine Solidarität mit allen, die sich in diesen
7 Zeiten unter den Folgen des Terrors der Hamas nochmals drastisch stärker als
8 zuvor Gefahren für Leib und Leben ausgesetzt sehen. Es sind vor allem die
9 Mitglieder und Besucher*innen der Berliner Synagogen, der jüdischen Schulen oder
10 anderer jüdischer Einrichtungen, die in besonderem Maße gefährdet sind.
11

12 Es ist gut und richtig, dass dem Schutz von besonders bedrohten Einrichtungen
13 von Seiten der Polizei unverzüglich besondere Priorität eingeräumt und der
14 Schutz erhöht wurde. In der derzeitigen Gefährdungssituation sollten dabei auch
15 Orte geschützt werden, die nicht der unmittelbaren Religionsausübung dienen,
16 aber religiös markiert sind.
17

18 Auf jüdischer Seite ist besonderes Augenmerk auf die Institutionen zu legen, die
19 durch das Sicherheitskonzept der Jüdischen Gemeinde nicht schon mitversorgt
20 sind: Etwa die Drei-Religionen-Kita, die Synagogengemeinde Kahal Adass Jisroel
21 und der Verein Hillel.
22

23 Aber auch die Zunahme von Hass und Gewalt gegenüber islamischen Gemeinden oder
24 Bildungseinrichtungen sehen wir mit Sorge.
25

26 Das betrifft die Ibn-Rushd-Goethe-Moschee, die eine wichtige Anlaufstelle für
27 queere und liberale Muslim*innen in Berlin ist und die aufgrund
28 bekanntgewordener Anschlagpläne des terroristischen IS-Ablegers "Islamischer
29 Staat Provinz Khorosan" (ISPK) schon länger im Fokus steht und daher kürzlich
30 von der Moscheeleitung geschlossen worden ist. Auch der aktuellen Zunahme an
31 antimuslimischen Übergriffen und Anfeindungen muss entgegengewirkt werden.
32 Wir fordern vom Berliner Senat und den Sicherheitsbehörden entsprechende

33 individuelle Gefährdungsbewertungen und wirksame Schutzkonzepte.

34

35 Die Religionsfreiheit muss in vollem Umfang wiederhergestellt und garantiert
36 werden. Wir stehen an der Seite all derjenigen, die für die religiöse Vielfalt
37 in Berlin und ihre Sichtbarkeit eintreten und sich für sie stark machen.

38 Alle Gläubigen, ob Jüd*innen, Muslim*innen, Christ*innen oder andere, die
39 friedlich und ohne Hass ihre Religion ausüben wollen, müssen dies ohne Gefahr
40 für Leib und Leben tun können

V-7 #wirfahrenzusammen - ein starker ÖPNV braucht gute Arbeitsbedingungen und ausreichende Finanzierung

Antragsteller*in: Santiago Rodriguez Salgado (LV Grüne Jugend Berlin)
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Für uns Bündnisgrüne steht fest: wir brauchen eine massive Stärkung des
2 öffentlichen Nahverkehrs, um allen Menschen bequeme, sichere, bezahlbare und
3 klimafreundliche Mobilität zu ermöglichen. Knapp 20.000 Beschäftigte von BVG und
4 BT (Berlin Transport) sorgen täglich für die Mobilität von uns Berliner*innen.
5 Doch ihr Arbeitsalltag ist oft bestimmt von extremer Arbeitsbelastung,
6 unsicherem Arbeitsumfeld durch marode Infrastruktur und Personalmangel. Das
7 führt wiederum zu Stress und hohen Krankheitsständen, was die Situation weiter
8 verschärft.

9 Um den Takt gerade in den Außenbezirken zu verdichten und neue Strecke bedienen
10 zu können, muss das Personal in den kommenden Jahren massiv angelernt und
11 aufgestockt werden. Bessere Arbeitsbedingungen, eine gute Bezahlung und
12 Investitionen in den ÖPNV machen es möglich, dass Wartezeiten verkürzt und
13 Fahrausfälle sowie überfüllte Busse und Bahnen verhindert werden können.

14 Durch autozentrierte Politik der letzten Jahrzehnte wurden der ÖPNV sowie Fuß-
15 und Radinfrastruktur lange vernachlässigt und kaputt gespart. Mit dem
16 Mobilitätsgesetz haben wir das in der letzten Rot-Rot-Grünen Regierung geändert.
17 Dass die Rückschnittskoalition aus CDU und SPD die Mobilitätswende nun
18 blockiert, kritisieren wir scharf. Statt den Ausbau des Umweltverbunds zu
19 stoppen, muss dieser finanziell klar Priorität haben! Die Mobilitätswende
20 gelingt dabei nur, wenn der Ausbau von klimafreundlicher Mobilität für alle und
21 gute, sichere Arbeitsbedingungen der Beschäftigten Hand in Hand gehen.

22 Aktuell finden bundesweit Verhandlungen der Rahmentarifverträge statt. Diese
23 regeln allgemeine Arbeitsbedingungen wie beispielsweise Urlaubs- und
24 Arbeitszeitregelungen. Unter der Kampagne #wirfahrenzusammen streiten
25 Beschäftigte des ÖPNV, die zuständige Gewerkschaft ver.di und
26 Klimaaktivist*innen von Fridays for Future gemeinsam für gute
27 Arbeitsbedingungen, mehr Personal und höhere Investitionen in den ÖPNV. Als
28 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin schließen wir uns diesen Anliegen an. Wir stehen

29 solidarisch an der Seite der Beschäftigten, die jetzt am 29.2 und am 1.3 in
30 Berlin und Bundesweit zusammen mit Ver.di und Fridays For Future streiken
31 werden.

Unterstützer*innen

Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte), Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei), Tobias Jahn (KV Berlin-Mitte), Frauke Prasser (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Kurt Hildebrand (KV Berlin-Mitte), Elina Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin), Christoph Störmer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Andrea Nakoinz (KV Berlin-Lichtenberg), Thuy Chinh Duong (KV Berlin-Mitte), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Gustav Kenn (LV Grüne Jugend Berlin), Erk Ata Gülbasar (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Lisbeth Emely Ritterhoff (KV Berlin-Neukölln), Wolfgang Bräuer (KV Berlin-Lichtenberg), Heiko Glawe (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Annkatrin Esser (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Julia Dittmann (KV Berlin-Kreisfrei), Andreas König (KV Berlin-Kreisfrei), Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei), Andreas-Martin Selnow (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Claudia Thiele (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Maren Tepper (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Maximilian-Lukas Linke (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf), Lukas Kuhnert (LV Grüne Jugend Berlin)